

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/42

Hannover, 9. April 1948.

Schlechter Start

R.B. Der grösste Teil des deutschen Volkes beurteilt heute den Erfolg einer Politik nach der Ernährung, die sie gewährleistet. Ohne damit sagen zu wollen, dass die Ideale der Freiheit, und der Menschenrechte deshalb weniger verteidigt würden, als es zum Beispiel zu Beginn des Jahres 1947 mehrfach so impulsiv geschah, muss doch erkannt werden, dass die heutige Notlage die deutsche Bevölkerung dazu verführt, im Hauptsächlichen nur an der Erhaltung ihrer physischen Existenz ein unmittelbares und brennendes Interesse zu nehmen. Aus diesem Gesichtswinkel betrachtet die Bevölkerung die Feststellungen General Robertsons im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Dass die Ernährungslage heute besser aussehe als zu irgendeinem Zeitpunkt der Besatzung, mag auf dem Papier mit Hilfe von Kalorien-Rechnungen zutreffen, stösst sich aber hart im Raum der Wirklichkeit. Tatsächlich weist die heutige Ernährungssituation in Westdeutschland einen bemerkenswerten Tiefpunkt auf. Dies aber scheint uns psychologisch ein schlechter Start zu sein für ein Vorhaben, von dessen Gelingen so unendlich viel abhängt.

Zum Leidwesen aller gutmeinenden Europäer haben sich die Beziehungen zwischen den ehemaligen Alliierten von Monat zu Monat schwieriger gestaltet. Niemand im Westen Deutschlands verschliesst sich den daraus abgeleiteten Argumenten der Engländer. Es darf dabei jedoch nicht übersehen werden, dass die Deutschen auf Grund jahrelanger Erfahrungen nicht nur die Worte, sondern noch mehr die Taten wägen. Und schwerer wiegt in diesem Falle, dass die Hausfrauen seit Wochen immer wieder vergeblich vor den Fleischerläden auf die angekündigten Rationen harren und abermals den Glauben an Versprechungen gerade in einem Augenblick verloren haben, in dem der seit langen gewäcchte Optimismus seine erste praktische Bestätigung erfahren müsste! Fleisch, Fett, Brot, Kartoffeln - es fehlt augenblicklich an allem.

Für kühl rechnende Menschen ist es klar, dass der Marshall-Plan zwei Tage nach seinem Anlaufen noch keine praktischen Auswirkungen haben kann. Aber Menschen, die täglich -und überdies meist

vergeblich - stundenlang um einige Gramm Fleisch ansetzen, kann man die Fähigkeit, kühl zu rechnen, nur in beschränktem Masse zumuten. Wenn nun das Anlaufen des Marshall-Planes zeitlich mit einer bisher nicht dagewesenen Verknappung der Fleischbestände zusammentrifft, so wird eine solche unglückliche Verkettung als ein äußerst deprimierendes Vorhaben aufgefasst werden. Man muss die bizonale Ernährungsverwaltung fragen, ob sie wiederum einem selbst-erregenden Optimismus erlag, als sie eine, ausgerechnet in diesem Monat beginnende Erhöhung der Rationen verkündete, ohne jedoch die Überzeugung zu besitzen, das Versprechen einlösen zu können. Bekannt ist, dass in einer Sitzung der Ernährungsminister beider Zonen Herr Schlang-Schöningen und mit ihm insbesondere Bayern für eine Vergrößerung der Fleischanteile eintraten, obwohl von Vertretern norddeutscher Länder sehr schwerwiegende Einwände erhoben wurden. Hiermit hat die höchste deutsche Ernährungsbehörde die Atmosphäre eines sich anbahnenden Vertrauens vorerst wirkungsvoll gestört und von sich aus eine Situation geschaffen, die zu vermeiden besser gewesen wäre. Zu oft schon wurden Änderungen versprochen, die nicht zu realisieren waren. Es hätte dagegen von Weitblick und psychologischem Einfühlungsvermögen gezeugt, wenn man den maßgebenden Stellen rechtzeitig empfohlen hätte, zumindest für den Zeitpunkt der Annahme des Marshall-Planes die errechneten Rationen sicherzustellen.

Westdeutschland soll wieder ein Teil Europas werden. Die wirtschaftlichen Konsequenzen dieses Versprechens sollen sich in naher Zukunft auswirken. Dazu gehören auch ausreichende Importe von Fett, Fleisch und Getreide, und es wird wichtig sein, dass diese "nahe Zukunft" nicht allzu lange hinausgeschoben wird. Die Erklärung, die augenblickliche Verknappung sei auf technische Schwierigkeiten zurückzuführen, wird in der Bevölkerung kaum mehr geglaubt. Bislang war es eine der stereotypen Wendungen, zu denen die Ernährungsverwaltungen allzu oft und allzu gern griffen.

Jede Politik muss, um erfolgreich zu sein, auf weite Sicht abgestellt sein. Man darf aber über dem Fernziel nicht die Realitäten der Gegenwart übersehen. Der hungrige Magen des Normalverbrauchers, die Schlangen vor Fleisch- und Fischläden und der leere Kartoffelkeller sind solche Realitäten von heute, die man mit lockenden Fernzielen oder mit Versprechen allein nicht beiseite schieben kann. (m/B8/84/2/ae)

Kieler "Institut für Weltwirtschaft" im Neubau

H.K. Kiel, 9. April - Der aus der Emigration in Amerika zurückgekehrte sozialdemokratische Agrarwissenschaftler Dr. Baade wurde von der schleswig-holsteinischen Landesregierung zum Direktor des bekannten "Instituts für Weltwirtschaft" in Kiel berufen. Damit kann sich das in der Nazizeit zu militaristischer Eroberungspolitik missbrauchte Institut wieder in die wirtschaftswissenschaftliche Forschung einreihen und an den Weltruf seines Gründers, Prof. Harms, anknüpfen. Mit Dr. Baade und Prof. Dr. Gllig, der ein bekannter Politiker und Landtagsabgeordneter der SPD ist, steht das Institut für Weltwirtschaft vor einem neuen Aufstieg. (t/ne/B48/2/ae)

Die zähen Finnen

(Von einem gelegentlichen Mitarbeiter)

Noch einmal ist es Finnland gelungen, sich der tödlichen Uarnung durch Rußland zu entziehen. Zwar hat Moskau in dem eben abgeschlossenen Pakt auf einen militärischen Beistand Finnlands nicht verzichten können, aber wenn der Vertrag eingehalten wird, besteht keine unmittelbare Gefahr, daß Finnland zunächst das Schicksal der Tschechoslowakei teilen wird. Bei realer Betrachtung der Dinge bleiben einige Momente, die eine gewisse Hoffnung bestehen lassen, daß es nicht zu jener oft zitierten "finis Finlandiae" kommt, zum Ende der finnischen Souveränität, jener Formel, die seit einem Jahrzehnt ein politisches Schlagwort war und ist.

Sicher wäre es sentimental, ins Feld zu führen, daß die Sowjetunion den fanatischen Selbständigkeitswillen des ganzen finnischen Volkes und seine beispiellose Härte aus dem Winterkrieg, in dem die 3 1/2 Mill. Finnen dem Riesen Rußland gegenüberstanden, in zu deutlicher Erinnerung habe, um den Bogen gerade in diesen einen Angelpunkt der Welt zu überspannen, dessen Verhältnisse ganz anders gelagert sind als südlichere Punkte; obwohl sich Politik durchaus nicht ohne solche Ressentiments zu vollziehen braucht. Indes könnten die Russen gerade in ihrer ihnen sehr wichtigen Politik Skandinavien gegenüber unsentimentale Gründe genug haben, jenes "Mutterbeispiel" Finnland, das ihnen solange als sehr nützlichcs Aushängeschild relativer Loyalität und Vertragstreue gedient hat, weiter zu exerzieren. Die Vorteile eines nicht völlig gleichgeschalteten Finnlands sind für Rußland unzweifelhaft groß. Man braucht dabei gar nicht an solche durchaus nicht nebensächlichen Dinge zu denken wie daran, daß Finnland 1952 endlich der Ort der Welt-Olympiade sein soll. Wenn Rußland nicht den völligen Bruch mit dem Westen will - und es spricht durchaus einiges dafür, daß es ihn nolens-volens nicht erzwingt - dann wird ihm Finnland ideell wie materiell nach wie vor von größtem Werte sein können, aber nur, wenn es sich weiter der bisherigen Selbständigkeit erfreut.

Ferner darf die besondere, man möchte sagen, einmalige Vaterlandsliebe und -traue der Finnen nicht gering eingeschätzt werden, die in ihrer Entschiedenheit die entsprechenden Tugenden fast aller anderen Völker übertreffen dürfte, wie der Kenner von Land und Volk aus vielen eindrucksvollen Erlebnissen weiß, und die im Willen nach Selbständigkeit auch die sonst widerstrebenden Parteien ein; man möchte sagen, bis hinein in die Reihen der "Volksdemokraten". Diese spielen im übrigen parlamentarisch nicht die entscheidende Rolle, so wenig sie allerdings infolge der Unterstützung durch Moskau als eine quantité négligeable angesehen werden können. Aber man erinnere sich, daß die Russen auch diesen ihren politischen Freunden gelegentlich ihre Unzufriedenheit bekunden haben; und dabei dürfte der Zwiespalt Finnentum-Volksdemokratie, dem auch der ganz linke Finne unterliegt, eine wichtige Rolle gespielt haben.

Auch die Zusammensetzung der Finnischen Delegation für Moskau, in der die Mehrzahl aus nicht-volksdemokratischen Vertretern bestand (nämlich aus je einem der Sozialdemokratie, der Bauernpartei und der

schwedischen Volkspartei), zeugte für den Kenner der Verhältnisse davon, daß die Finnen weit entfernt sind, mit fliegenden Fahnen gen Osten zu wallfahren. Eine andere Sache ist es allerdings, ob selbst eine Opposition von 90 Prozent gegen den Pakt, die in dieser Frage der Tatsachen entsprechen dürfte, in der Lage wäre, dem Willen Moskaus zu widerstehen. Das Sphinxartige an der russischen Politik birgt natürlich, zumal in der gegenwärtigen allgemeinen Lage, manche Momente, die eine andere, brutale, darum aber nicht minder fehlerhafte, auch von den Russen für unklug angesehene Entscheidung trotz Freundschaftspakt in den gefährlichen Bereich der Möglichkeiten rücken. Nicht unwesentlich beim Ausschlagen der schwankenden Wage ist aber die staatsmännische Klugheit und das Geschick der finnischen Staatsführer, die vor 3 1/2 Jahren in geradezu verzweifelter Situation das Meisterstück vollbrachten, von dem in den Abgrund rollenden D-Zug ihren Waggon zu lösen und ihn auf ein schmales, aber eigenes Gleis zu stellen - eine wirklich bewundernswerte Leistung.

Die finnische Krise ist die wahrscheinlich gefährlichste in den 30 Jahren einer eigentlich immer bedrohten Selbständigkeit; sie ist aber noch nicht völlig hoffnungslos.

-37-

Berliner Arbeiter gegen FDGB

(sp.) Berlin, 9. April 1948

Mitten im schärfsten Nervenkrieg um Berlin hat die Berliner Arbeiterschaft in den Gewerkschaftswahlen ein beachtenswertes Bekenntnis zur Demokratie abgelegt. Gegen die totalitären Tendenzen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die Unabhängige Gewerkschaftsopposition (UGO) einen Sieg errungen, der in diesem Ausmaß angesichts des Übergewichts des FDGB-Apparates alle Erwartungen übertraf. Obwohl die letzten Resultate noch ausständig sind, steht heute schon fest, daß sich die Mehrheit der gewählten Delegierten zur UGO bekennt, obwohl die Opposition in 250 bis 300 Wahlkörpern keine Möglichkeit zur Kandidatur hatte. Eine vergleichende Übersicht ergibt, daß in den Westsektoren 70 v.H. der Delegierten der UGO angehören; aber selbst im Ostsektor hat die UGO unterschiedlich 10 - 35 v.H. der Mandate erringen können. Von den bisher erfolgten 4135 Delegierten der Westsektoren gehören 2744 der UGO, 940 der SED an, 451 sind parteilos. Von den 12 westlichen Bezirksausschüssen des FDGB haben neun eine UGO-Mehrheit erhalten.

Ausschlaggebend sind vor allem die großen Industriegruppen Metall und Öffentliche Betriebe. In diesen Industriegruppen erhielt die UGO 692 bzw. 582 Mandate, die SED 381 bzw. 163, Parteilose 153 bzw. 64. Für Groß-Berlin, einschließlich des russischen Sektors, ergeben sich UGO-Mehrheiten in folgenden Gewerkschaften:

| | | | | |
|-----------------------------|----------------------|-----|-------|---------|
| Land- u. Forstwirtschaft: | (7 0 25 Mitglieder) | mit | 75 | Prozent |
| G.k.B. (Angestellte) | (84 000 | " | 60-70 | " |
| Techniker u. Werkstr. (GTW) | (16 000 | " | 70-80 | " |
| Lehrer u. Erzieher | (10 600 | " | 70 | " |
| Post u. Fernmeldewesen | (22 000 | " | 65 | " |
| Eisenbahn | (30 000 | " | 60-65 | " |

Die eigenartigen, den FDGB begünstigenden Wahlmethoden verfälschen zudem noch das Bild. Einige Beispiele beweisen, daß bei korrekten Wahlen der Erfolg der UGO noch ein ganz anderes Gesicht hätte.

Firma Osram, Wedding:

Wahlberechtigt 1457, Wahlbeteiligung 1110 (69,5 Prozent)
gewählt wurden 60 Delegierte, davon 9 SED, 51 UGO

Zusammengefaßte Kleinbetriebe Wedding:

Wahlberechtigt 1661, Wahlbeteiligung 248 (15 Prozent)
Gewählt wurden 60 Delegierte, davon 53 SED, 7 UGO

Im ersten Beispiel wählten 1100 Metallarbeiter 60 Delegierte, im zweiten 240, ebenfalls 60 Delegierte. Diese merkwürdige Wahlpraxis ist in vielen Einzelfällen gehandhabt worden, stets aber nur in solchen Fällen, wo die SED begünstigt wurde.

-. - .

Der Weiter des Europa-Hilfsprogramms

sp. "Produktion ist der Schlüssel zur Aufrechterhaltung freier Gemeinschaften und freier Wirtschaften in Europa. Wenn die Produktion rasch um ein Drittel erhöht werden kann, wird Europa auf dem Wege zum Wohlstand sein und Wohlstand ist ein starkes Gegengift gegen den Kommunismus. Eine gute Wirtschaft ist vielleicht die beste Diplomatie und die beste Politik". Diese Worte stammen von Paul G. Hoffmann, der in Zukunft als "Verwalter wirtschaftlicher Zusammenarbeit" den Marshall-Plan leiten wird. Sie fielen, als er im Januar vor einem Senats-Ausschuß erklärte, er glaube fest daran, daß ein fähiger, zäher Geschäftsmann innerhalb von vier Jahren Westeuropa wieder auf die Beine stellen könne. Daß Truman ihn selbst jetzt mit dieser schwierigen Aufgabe betraute, mag einmal auf die dringende Empfehlung des 56-jährigen Republikaners Hoffmann durch seinen Freund Senator Vandenberg zurückzuführen sein. Ausschlaggebend aber war sicherlich der große Ruf, den der bisherige Generaldirektor der Studebaker Automobilwerke als glänzender und umsichtiger Organisator und als Mann unerschöpflicher Energie genießt. Der blauäugige "Verwalter wirtschaftlicher Zusammenarbeit", der ein ebenso eingefleischter Nichtraucher wie Kinderfreund ist - er ist selbst Vater von sieben Kindern und sein Haus in Indiana gilt als ein "Warrenhaus, in dem sieben Hoffmann-Kinder, eine Masse Kinder anderer Leute und viele Hunde herumtollen" - begann seine Geschäftskarriere schon unmittelbar nach Beendigung seiner Schulzeit als Verkäufer gebrauchter Autos. Seine verbindlichen Umgangsformen und sein Verkaufstalent ließen ihn bald zum Verkaufsleiter der Studebaker-Werke avancieren und als diese in den 30er Jahren von der Wirtschaftskrise mitgerissen und zahlungsunfähig wurden, übernahm Paul G. Hoffmann ihre Reorganisation, die er so geschickt durchführte, daß man ihn zum Generaldirektor der Werke ernannte. Er ist gleichzeitig Besitzer der P.G. Hoffmann Spezialitäten-Gesellschaft und Direktor eines Automobilversicherungskonzerns. Daneben sitzt er im Aufsichtsrat der Federal Reserve Bank of Chicago, der New Yorker Lebensversicherungsgesellschaft

der United Airlines und der Britischen Encyclopädie. Er ist ein typischer "big-business-man", von dem es im übrigen heißt, er könne sich gleichzeitig auf eine Partie Bridge oder wichtige geschäftliche Angelegenheiten konzentrieren, während eines seiner Kinder auf seinen Knien turnt und unter dem Tisch ein halbes Dutzend Hunde sich belgen.

(B.65/94/hs)

Tagung des Außenpolitischen Ausschusses der SPD

Am 7. April 1948 trat der Außenpolitische Ausschuss beim Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu einer Sitzung zusammen. Der Ausschuss beschäftigte sich eingehend mit vorliegenden Vorschlägen für ein Statut des vorgesehenen bizonalen Friedensbüros. Er kam einmütig zu der Auffassung, daß ein auf Sammeln von Materialien sich beschränkendes Friedensbüro unter der gleichberechtigten Leitung der Deutschen Parteien und der Ministerpräsidenten allen anderen Lösungen vorzuziehen ist.

Dem Außenpolitischen Ausschuss wurden Berichte über das Problem eines von den Alliierten zu schaffenden Besatzungsstatuts gegeben. Zu dieser Frage wurde folgende Resolution verfaßt:

Der Außenpolitische Ausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hält die Einführung eines Besatzungsstatus für dringend geboten. Wenn in Deutschland die Grundlagen zu rechtsstaatlichen Verhältnissen für ein auf Selbstverantwortung gegründetes, demokratisches Leben und für einen die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung sichernden Wirtschaftsaufbau geschaffen werden sollen, müssen die Besatzungsmächte sich in immer weiter fortschreitendem Maße in der Ausführung der Besatzungshoheit selbst beschränken. Der Ausschuss gibt dem Wunsch Ausdruck, daß der Parteivorstand in der Richtung weiterschreiten möge, die die SPD zuerst einschlug, als sie in einem Schreiben an den Alliierten Kontrollrat diesen Richtlinien der SPD für ein solches Institut übermittelte.

Auf der Tagung wurde schließlich noch die Bildung von Ausschüssen, die sich mit Völkerrechtsfragen, mit den Vereinigten Staaten von Europa und den Europa-Bewegungen sowie mit anderen außenpolitischen wesentlichen Problemen beschäftigen sollen, vollzogen.

(B.1/94/hs)

Auch in der finnischen Polizei...

Die finnische Regierung wurde von Vertretern der demokratischen Parteien gefragt, ob ihr bekannt sei, daß innerhalb der finnischen Polizei ein Personalaustausch im Gange ist und daß Neueinstellungen nicht nach sachlichen, sondern nach politischen Gesichtspunkten erfolgen.

(A.27a/94/hs)

Verantwortlich: Peter Raunau